

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Unzufriedenheit in Paris.

Der Auswärtige Ausschuss gegen Poincaré.

Paris, 8. Februar. (G.) Der Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten trat gestern unter Vorsitz von Georges Lengués zusammen. Dieser war von den Kommissionsmitgliedern beauftragt worden, sich bei Poincaré über die Ereignisse im Ruhrgebiet, die Zwischenfälle in Aemel und die Konferenz von Lausanne zu erkundigen. Er erstattete gestern Bericht über diese Mission, worauf eine eingehende Debatte stattfand, an der u. a. Tardieu, Briand, Wetterlé, Mandel und andere Kommissionsmitglieder teilnahmen. Darauf wurde folgender Antrag Tardieus einstimmig angenommen:

In der Gewissheit, daß die Kommission ihrer Aufgabe entspricht, wenn sie von dem Ministerpräsidenten verlangt, ihr die zur Ausübung ihres Mandats notwendigen Ausschüsse zu erteilen, dringt sie neuerlich darauf, daß der Ministerpräsident zustimme, sobald wie möglich vor der Kammerkommission zu erscheinen.

Lengués wurde beauftragt, Poincaré diese Resolution vorzulegen. Briand lehnte die Ernennung einer Unterkommission durch die einen Fragebogen revidieren soll, den Lengués Poincaré im Laufe der Begegnung vorzulegen hat. Auf diese Weise hätte Poincaré, wenn er vor der Kammerkommission nicht erscheinen wollte, Gelegenheit, auf Fragen schriftlich zu antworten. Marcel Guille erklärt im „Echo de Paris“, es bestehe keine Aussicht, daß Poincaré vor der Kommission erscheine. Sobald er den Augenblick für gekommen erachte, werde er vor der Kammer die notwendigen Erklärungen abgeben.

Dieser Vorfall ist symptomatisch für die nervöse Unruhe, die in den französischen politischen Kreisen herrscht. Ohne seine Tragweite zu überschätzen, kann man wohl sagen, daß er sich nie ereignet hätte, wenn Parlament und öffentliche Meinung mit dem Gang der Ereignisse an der Ruhr zufrieden wären und den offiziellen Optimismus teilten. Allerdings dürften das Scheitern der Lausanner Konferenz sowie die Ereignisse, die diesem Bruch vorangegangen bzw. gefolgt sind, gleichfalls eine starke Mißstimmung in Paris hervorgerufen haben.

Allein die Tatsache, daß der einstimmig angenommene Antrag des Auswärtigen Ausschusses von Tardieu eingebracht worden war, ist bezeichnend für seine wenig freundliche Tendenz dem Ministerpräsidenten gegenüber: Hat doch gerade Tardieu seit Beginn der Ruhroperation Poincarés und dessen Mitarbeiter tagtäglich auf das schärfste angegriffen, ihnen mangelhafte Vorbereitungen, Planlosigkeit, Unsicherheit usw. vorgeworfen. Noch gestern früh schrieb er im „Echo National“, die Reise Cunios ins Ruhrgebiet und die englische Ablehnung des nachträglichen Unternehmungsangebotes Samet Raschas, das von Poincaré nach London übermittelt worden war, bedeuteten für Poincaré „zwei Ohrfeigen am gleichen Tage“.

Die einstimmige Annahme der Resolution Tardieus würde eine dritte Ohrfeige für Poincaré sein, wenn nicht Briand durch seinen Zufahrt Antrag die Schärfe der Stellungnahme des Ausschusses gemildert hätte. Das hat er sicherlich nicht aus Liebe zu seinem erbitterten Feind Poincaré getan, sondern um zu verhindern, daß eine für die französische Ruhrpolitik verhängnisvolle Verwirrung entstehe.

Einer „Gazette“-Meldung zufolge soll die Sitzung des Ausschusses sehr stürmisch verlaufen sein. Offenbar bereiten die Gegner Poincarés ihren für Anfang Januar geplanten, durch den Einmarsch aber vorübergehend verhinderten Ansturm aufs neue vor. Einstweilen ist aber nicht anzunehmen, daß ein etwaiger Regierungswechsel sich im Zeichen der Rückkehr zur politischen und wirtschaftlichen Vernunft vollziehen würde, er würde zunächst sogar eher eine Periode gesteigerter Brutalität gegen Deutschland einleiten.

In dieser Hinsicht, wie in allen anderen Fragen, müssen wir uns frei von allen Illusionen halten. Es ist aber keine Illusion, wenn wir aus dem Beschluß des französischen Auswärtigen Ausschusses folgern, daß man in Frankreich mit der Entwicklung der Dinge an der Ruhr im höchsten Maße unzufrieden ist.

Paris, 8. Februar. (WZ.) Der Sonderberichterstatter des „Journal“ in Düsseldorf berichtet von neuen Schwierigkeiten, die entstehen seien. Der Eisenbahnerstreik, der seit 48 Stunden allgemein geworden sei, habe zur Überfüllung der Bergwerksbahnen außerordentlich beigetragen und neue Schwierigkeiten verursacht.

Paris, 8. Februar. (WZ.) Ueber die Verkehrslage im Ruhrgebiet schreibt der „Parisien“, der Transportstreik habe, nachdem er sich zuerst auf die belgische Zone ausgedehnt habe, auch die französische Besetzungszone ergriffen. Es scheint nicht gelungen zu sein, die in den letzten Tagen von ihrem ursprünglichen Wege abgelenkten Kohlen- und Kokszüge nach Frankreich und Belgien zu führen. Infolge Störung des nach dem nördlichen Deutschland gehenden Güterverkehrs seien die Bahnhöfe an zahlreichen Stellen verstopft. Das seien die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die Minister Le Troquer und General Weggand bei ihrer Inspektionsreise hätten feststellen können.

In einem Pariser Telegramm weisen „Times“ auf die Kritik hin, die infolge der Desorganisation des Transportwesens im Ruhrgebiet und der dadurch auf die französische Industrie hervorgerufenen Wirkung an der Politik der französischen Regierung geübt werde. Es seien Anzeichen der Ungeduld vorhanden, die nicht unberücksichtigt gelassen werden könnten.

Der Kohlenkrieg.

Holländische und schweizerische Proteste.

London, 8. Februar. (WZ.) „Morningpost“ berichtet aus Düsseldorf, die Franzosen hätten Proteste von Seiten der holländischen und schweizerischen Regierung erhalten wegen der Wirkung der französischen Sperre auf den Transport von Kohle nach Holland und der Schweiz. Dies bedeute eine sehr schwierige Frage für die Franzosen angesichts der Möglichkeit, daß Kohlenzüge über Holland und die Schweiz nach dem unbesetzten Deutschland geleitet werden könnten. Dadurch würde der ganze Zweck der Blockade hinfällig werden.

Bern, 8. Februar. (Schweizerische Depeschengesellschaft.) Eine Delegation der Regierung von Basel-Stadt wurde gestern nachmittag von den Bundesräten Motta und Haab empfangen. Die Delegation wies nachdrücklich auf die Schädigung der wirtschaftlichen Interessen Basels durch die Vorgänge im Rheingebiet und die damit zusammenhängende Lahmlegung des Bahnverkehrs hin. Durch die Abschneidung des Verkehrs werde Basel in eine ähnliche Lage versetzt, wie es zur Zeit des Weltkrieges der Fall war. Die Delegation ersuchte den Bundesrat um seine Intervention. Die Vertreter des Bundesrats anerkannten die schwierige Lage Basels und erklärten, daß der Bundesrat bei den beteiligten Mächten Schritte zugunsten Basels unternehmen werde.

London, 8. Februar. (WZ.) Zu dem weiteren Vormarsch der Franzosen in deutsches Gebiet schreibt „Westminster Gazette“, die Franzosen schienen einen King um die Zone zu ziehen, die unter britischer Kontrolle steht. Sie rückten anscheinend von Stadt zu Stadt vor und hätten die Blockade stärker und strenger gemacht, seien jedoch nicht in der Lage gewesen, den passiven Widerstand der deutschen Arbeiter zu überwinden. Schnell werde die Zeit kommen, wo das französische Volk sich die Kostenrechnung werde ansehen müssen.

„Daily Chronicle“ betont, daß in den vier Wochen, während der die Franzosen das Ruhrgebiet bereits in Händen halten, Frankreich und Belgien so gut wie keine Kohle erhalten haben, und daß die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, riesig vermindert worden ist. Die französische Politik verleihe vorläufig belgische ebenso wie französische Werte. Die französische Regierung scheine augenblicklich in der Stimmung zu sein, eine Gewalttat auf die andere zu häufen. Die Ausweigungen dauerten unermindert fort, und ist es ernstlich von der Zustimmung aller Eisenbahner mit ihren Familien, an Zahl 300 000 bis 400 000 Personen, die Rede. Dies grenze bereits an Wahnsinn.

Die Wucherschraube im Ruhrgebiet.

Essen, 8. Februar. (WZ.) Die Preissteigerung von Milch ist in den letzten Tagen außerordentlich zurückgegangen. Der französische Einbruch wirkt sich in einer für die Bevölkerung außerordentlich bedrückenden Weise durch fortgesetzte, ganz bedeutende Preiserhöhungen, besonders auf dem Lebensmittelmarkt, aus. Bei den Fetten z. B. stellt sich die Verteuerung bis zum 7. Februar auf über 400 Proz., was sich in der Verteuerung der Industriebevölkerung, die vor allem auf die Fettversorgung angewiesen ist, mit äußerster Härte bemerkbar macht. Aber auch in den Kreisen des Handels schaffen diese fortgesetzten schärfen Preissteigerungen eine bedenkliche Lage, weil an den Händler hinsichtlich des Betriebkapitals Anforderungen gestellt werden, denen er aus eigenen Kräften nicht mehr genügen kann.

Neuer Konflikt in Smyrna.

London, 8. Februar. (G.) Die türkische Regierung erneuerte ihre Aufforderung an die alliierten Kriegsschiffe, den Hafen von Smyrna zu verlassen. In dieser zweiten Aufforderung verurteilte sie die zum Verlassen gegebene Frist dadurch, daß die Kriegsschiffe nicht bis Mitternacht, sondern bis Sonnenuntergang den Hafen zu verlassen haben. Die englische und französische Regierung trafen gestern nachmittags ein Einvernehmen, daß sie sich dieser Aufforderung der türkischen Regierung nicht fügen wollen. Die Regierung von Ungarn wurde verständigt, daß die englischen und die französischen Kriegsschiffe den Befehl erhalten hätten, sich zu verteidigen, wenn sie angegriffen würden.

Paris, 8. Februar. (G.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der französische Konsul in Smyrna erbat von den türkischen Behörden die Erlaubnis, die französische Kolonne an Bord des französischen Kreuzers „Pierre Bote“ zu nehmen, der sich gegenwärtig im Hafen von Smyrna befindet.

Dollar 33 500.

Der erste Erfolg der angekündigten Maßnahmen.

Die Absicht der Reichsbank, die Kreditgewährung bei den Devisenbeständen zu unterbinden, rief heute einiges Ungebot in ausländischen Zahlungsmitteln hervor. Das Angebot ist jedoch nicht besonders dringend und auch nicht groß. Es handelt sich offenbar hauptsächlich um Lösung von Hauspositionen der Spekulation. Der Dollar wurde gegen Mittag mit 33 500 bis 34 000 gehandelt. Die Umsätze waren nicht bedeutend. Die politische Lage wird in Börsenzirkeln als unvoränderlich angesehen. Die Nachfrage nach Effekten, besonders für ausländische Rechnung, hält fast unvermindert an. Im Vordergrund des Interesses stehen Zertifikate.

Entkommunalisierung?

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wird in ihrer heutigen Sitzung auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion voraussichtlich der Magistratsvorlage zustimmen, die eine Verpachtung der Berliner Hafenanlagen an die bekannte Expeditionsfirma Schenter u. Co. auf fünfzig Jahre vorseht. In der nächsten Woche werden wahrscheinlich bereits die Vorlagen über die Umwandlung der großen städtischen Werksbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn) in Gesellschaften mit beschränkter Haftung und rein städtischem Kapital der Stadtverordnetenversammlung zugehen und ebenfalls mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion verabschiedet werden. Diese Entscheidungen werden zweifellos über die Grenzen Berlins hinaus Beachtung finden, da sie von grundsätzlicher Bedeutung für die Entwicklung und den Ausbau städtischen Besitzes wie für die Haltung der Sozialdemokratie zu diesen so außerordentlich umstrittenen Fragen, deren Bedeutung angesichts der Finanzlage aller deutschen Städte auf der Hand liegt.

Die Verpachtung der Berliner Hafenanlagen auf fünfzig Jahre könnte den Anschein erwecken, als ob auch in unseren Reihen Bestrebungen vorhanden seien, die nicht zu bestreitenden Entkommunalisierungstendenzen, die immer wieder von bürgerlicher Seite unterstützt werden, auch von sozialdemokratischer Seite gutzuheißen. Dabei auf die Vorstellungen einzugehen, die die „Rote Fahne“ über diese Dinge zu geben beliebt, lohnt sich wirklich nicht. Die „Fahne“ lebt nur von Lügen und Verleumdungen und würde ihre Existenzberechtigung verlieren, wenn sie nicht des Morgens und Abends auf jeder Seite mindestens ein dutzendmal die Sozialdemokratie für alle Schlichtigkeiten der Welt verantwortlich machen kann. In Wirklichkeit ist der Weg, der bei der Verpachtung der Berliner Häfen nach eingehender und sorgfältiger, monatelanger Prüfung aller gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse und Möglichkeiten beschritten wird, der einzige, der heute überhaupt begangen werden kann, wenn man eine weitestgehende Kommunalpolitik treiben will, die den Interessen der Bevölkerung auf die Dauer dient. Die Stadt darf nicht kommunalisieren oder irgendwelchen Besitz in ihrer Verwaltung belassen, um nur dem Prinzip der Kommunalisierung zu dienen. Sie kann nur de-kommunalisieren, was für die städtische Verwaltung die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind, wo ein Erfolg des öffentlichen Betriebes im Interesse der Bevölkerung mit Sicherheit zu erwarten ist und wo die Stadt in der Lage ist, auf Grund ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Macht den betreffenden Betrieb sachgemäß und zweckentsprechend zu verwalten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verwaltung und Ruhrarmatur der ungeheuren neuerbauten Berliner Hafenanlagen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt bei weitem übersteigt. Diese Anlagen können nur dann ihrem Zweck nutzbar gemacht werden, wenn auf den deutlichen wie auf den internationalen Güterverkehr ein Einfluß in solchem Umfang geltend gemacht wird, daß der augenblickliche Berliner Güterverkehr um ein Vielfaches, mindestens um das Fehnfache erhöht wird. Es verdient ganz im Gegensatz zu dem albernen Geschrei der „Roten Fahne“ alle Anerkennung, daß der Berliner Magistrat bei dieser Frage von vornherein von einer klaren, eindeutigen und sorgfältig durchdachten wirtschaftlichen Fragestellung ausgegangen ist. Die Lösung, die jetzt gefunden ist, mag in den Einzelheiten hier und da nicht jeden befriedigen. Das liegt in der Natur einer jeden Lösung, bei der man gezwungen ist, mit einem anderen Kontrahenten, der über eine starke wirtschaftliche Position verfügt, zu verhandeln. Auf jeden Fall ist sie die einzige, die dazu beitragen wird, das Wirtschaftsleben Berlins ganz bedeutend zu heben und damit der Bevölkerung und insbesondere auch der Arbeiterschaft zu dienen.

Bei der Entscheidung über die Reorganisation der großen städtischen Werksbetriebe war auf eine mangelnde wirtschaftliche und finanzielle Basis der Stadt nicht Rücksicht zu nehmen. Die Vorschläge, die jetzt in Berlin in die Tat umgesetzt werden sollen, sind die Folge der praktischen Beobachtungen und Erfahrungen, die alle in der kommunalen Verwaltung wirtschaftlicher Betriebe haben machen müssen. Es ist bekannt, daß diese Unternehmungen, die zu einem Teil erst nach der Revolution in städtischen Besitz übergeführt wurden, unter den Nachwirkungen des Krieges ganz außerordentlich gestritten haben. Es ist eine grobe Irrführung der öffentlichen Meinung, die ein Teil der bürgerlichen Berliner Presse (in erster Linie die „Scherer-Presse“) ungewissheit wider besseres Wissen tagaus, tagein vornimmt, wenn sie dem Publikum vorredet, daß ein Teil dieser Unternehmungen nur deswegen sich in Schwierigkeiten befindet, weil sie unter kommunaler Verwaltung stehen. Wäre die Berliner Straßenbahn noch ein privates Unternehmen, dann würde zweifellos ihr Zustand noch bedeutend schlechter sein, als er heute ist. Die Vororte würden überhaupt ohne Verkehrsmittel sein und die Tarife würden die jetzt schon hohen Tarife der Straßenbahn noch bedeutend übersteigen. Unter städtischer Verwaltung ist dieses Unternehmen, das in einem zumindest fünfzig Prozent seiner Substanz zerrüttetem Zustand der Stadt übergeben wurde, wenigstens teilweise wieder ins Leben gerufen. Bis zu dem katastrophalen Marktsturz im Herbst des verflo-

nen Jahres hat eine ständige, systematische und in der Fachliteratur allseitig anerkannte wesentliche Verbesserung stattgefunden, die auch auf den laufenden Betrieb von bedeutendem Einfluß gewesen ist. Wenn die Straßenbahn zurzeit unter ganz abnormen Verhältnissen in Schwierigkeiten geraten ist, so teilt sie dieses Geschick mit allen privaten Straßenbahnen im Reich, die zu einem großen Teil bereits eingestellt sind. Die Zukunft städtischer Verkehrsunternehmungen liegt überhaupt bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr bei den Straßenbahnen, sondern bei den elektrischen Schnellbahnen, in Berlin bei den Stadtbahnen und der Untergrundbahn. Es ist in hohem Maße erfreulich, daß jetzt auch der Berliner Oberbürgermeister Böhm anlässlich der Eröffnung der Nord-Südbahn in Aussicht gestellt hat, daß die Stadt ihre ganze Energie aufbietet wird, um den Ausbau des Untergrundbahnnetzes zu fördern, so daß mit der endlichen Vollendung der Nord-Südbahn in absehbarer Zeit gerechnet werden kann.

Was bei den städtischen Werken augenblicklich vorgenommen wird, zielt nicht auf eine Entkommunalisierung städtischen Besitzes, sondern im Gegenteil auf seine Erhaltung, Ausbau und planmäßige Bewirtschaftung hin. Die Lösung der großen Wirtschaftsbetriebe aus der städtischen Verwaltung wird ihrer Leitung die volle Freiheit und wirtschaftliche Bewegungsmöglichkeit geben, die die heutigen Verhältnisse erfordern. Sie wird ferner verantwortlicher persönlicher Initiative der Leitung freie Bahn schaffen. Sie wird den mit der Betreuung dieser Unternehmungen im öffentlichen Interesse beauftragten ehrenamtlichen Stadtverordneten und Bürgerdeputierten in den neuzubildenden Ausschüssen größere Möglichkeit planmäßiger, ausdauernder und systematischer Arbeit an diesen Unternehmungen geben. Der Kredit der Stadt wird zweifelloser gehoben werden, wenn die Verwaltungsform ihrer Wirtschaftsbetriebe die rechtlichen Garantien für eine gleichmäßige und sicher funktionierende Beschaffung der laufenden Einnahmen bietet. Berlin wird letzten Endes erst unter der neuen Form davon gehen können, die ungeheuren wirtschaftlichen Vorteile, die die Eingemeindung bereits heute für die Betriebsunternehmungen bedeutet, noch viel planmäßiger durch Zusammenlegung, Vereinheitlichung und Vereinfachung ihrer Betriebe auszunutzen. Heute bereits ist das Fundament der Groß-Berliner Einheitsgemeinde, so sehr auch die Politiker daran rütteln möchten, aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr zu erschüttern. Zwei bis drei Jahre planmäßiger Arbeit auf der neuen Basis werden durch die Erfolge, die auf Grund der neuzuschaffenden Voraussetzungen zweifelloser durchgeführt werden können, jeden Versuch der Stadt, ihren öffentlichen Besitz streitig zu machen, für immer ausschalten.

Die Erfahrungen, die die Stadt in den letzten Jahren mit ihren Wirtschaftsbetrieben, nicht etwa nur mit den großen Werken, sondern auch mit den von ihr neugeschaffenen kleineren Gesellschaften (Anschaffungsamt, Brennstoffbeschaffungsgesellschaft usw.) gemacht hat, zeigen, wie ungeheures Arbeitsfeld sich einer Riesengemeinde wie Berlin erschließen kann, wenn sie vorsichtig und planmäßig, ohne ihre finanzielle Basis zu überschreiten, an die Lösung solcher Aufgaben herangeht. Gemäß ist die heutige Zeit mit ihren Schwierigkeiten für die Aufrechterhaltung der Liquidität städtischer Finanzen nicht geeignet für die Inangriffnahme großer, bedeutender Mittel erfordernder neuer Unternehmungen. Um so mehr aber muß das, was auf einem Hieb heute nicht erreicht werden kann, durch zähen Willen und planmäßiges Vorgehen Schritt für Schritt durchgeführt werden. Die Zukunft wird dem Gedanken städtischer Gemeinwirtschaft gehören. Sie wird ihm um so mehr gehören, wenn seine Verfechter den Erfolg dieser Arbeit sichern, indem sie die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden mit dem Geiste kaufmännischer und wirtschaftlicher Beweglichkeit erfüllen, wenn sie an der Ausarbeitung der rechtlichen Formen mitwirken, die

den Gemeinden wirtschaftliche Arbeit erst ermöglichen, und wenn sie in der praktischen Erfahrung ihren Stamm beruflicher wie ehrenamtlicher Mitarbeiter heranziehen, die gewillt und imstande sind, öffentlichen Besitz wirtschaftlich im Interesse der Kommune zu verwalten und auszubauen.

Deutsche Protestnote.

Der deutsche Gesandte in Paris hat heute der französischen Regierung folgende Note übergeben:

„Die französische Regierung hat in der vom 2. Februar datierten und am 4. Februar der deutschen Botschaft übermittelten Verbalnote der deutschen Regierung eine Verletzung des Vertrages von Versailles vorgeworfen, die dadurch begangen sein soll, daß die Reichsbahnverwaltung die Durchleitung der internationalen Züge Paris-Bukarest und Paris-München-Prag eingestellt hat. Sie hat zugleich angekündigt, daß sie als „Sanktion“ für diese angebliche Vertragsverletzung die deutschen Städte Offenburg und Appenweier besetzen werde. Die Besetzung der beiden Städte ist noch am Tage der Uebermittlung der Note tatsächlich durchgeführt worden.

Die deutsche Reichsbahnverwaltung hat sich infolge Kohlenmangels und anderer durch den französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet verursachter Verkehrsschwierigkeiten zur Einstellung einer großen Anzahl fahrplanmäßiger Zugverbindungen des internationalen und des innerdeutschen Dienstes gezwungen gesehen. Es ist richtig, daß sich darunter auch die beiden in der Note genannten Zugpaare befinden. Zeit und Umstände jedoch geben dieser Anordnung der Reichsbahnverwaltung offensichtlich den Charakter einer vorübergehenden Notstandsmaßnahme. Von einer Vertragsverletzung kann daher keine Rede sein. Selbst wenn aber eine formale Verletzung des Vertrages vorläge, müßte es als das

Zerrbild eines Friedenszustandes

bezeichnet werden, daß die französische Regierung eine Maßnahme von so untergeordneter Bedeutung, wie die Einstellung zweier Zugverbindungen, zum Anlaß nimmt, ohne weiteres ihre Truppen in deutsche Städte einmarschieren zu lassen.

Allerdings hat die französische Regierung, um das schreiende Mißverhältnis zwischen dem Beschwerdewort und der von ihr verfügten Maßnahme zu verdeutlichen, den Versuch gemacht, noch weitere angebliche Vertragsverletzungen Deutschlands heranzuziehen. Demgegenüber verweist die deutsche Regierung auf ihren früheren Rollenwechsel mit der französischen Regierung. Sie stellt fest, daß sie in jedem einzelnen Falle den gegen sie erhobenen Vorwurf einer Verletzung ihrer Verpflichtungen in eingehender Begründung entkräftet hat, ohne daß die französische Regierung auch nur versucht hätte, die deutschen Argumente zu widerlegen.

Einen Rechtsmittel, auf den sie ihr vermeintliches Sanktionsrecht stützen will, führt die französische Regierung nicht an. Ihr stehen also in diesem Falle

nicht einmal Scheingründe zur Verfügung.

In der Tat handelt es sich um einen Akt reiner Willkür und Gewalt, begangen unter Ausnutzung der Beherrschung des deutschen Volkes.

Die deutsche Regierung erhebt hiergegen vor aller Welt feierlichen Protest.

Am Tage der Uebermittlung der Verbalnote an die deutsche Botschaft hat auch die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz dem deutschen Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete eine Note zugestellt, worin sie mitteilt, daß sie unter Billigung der von der französischen Regierung eingeleiteten Besetzung von Offenburg und Appenweier beschließen habe, diese Gebiete unter das Regime des Brückenkopfes Kehl zu stellen und die Befugnisse ihres Delegierten in Kehl entsprechend zu erweitern.

Das Rheinlandabkommen umschreibt ebenso wie den materiellen so auch den örtlichen Umfang der Befugnisse der Interalliierten Rheinlandkommission. Nach Artikel 1 umfaßt das ihrer Zuständigkeit unterworfene Gebiet nur diejenigen deutschen Landesteile, deren Besetzung im Artikel 5 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 und im Artikel 7 des Zusatzabkommens vom 16. Januar 1919 vorgesehen ist. Die Städte Appenweier und Offenburg liegen außerhalb dieses Gebietes. Keine Bestimmung des Rheinlandabkommens oder des Vertrages von Versailles gewährt der Interalliierten Rheinlandkommission das Recht, das Gebiet ihrer

Zuständigkeit eigenmächtig zu erweitern.

Die von ihr ausgesprochene „Billigung“ macht die vertragswidrige Maßnahme der französischen Regierung nicht zu vertragsmäßigem Recht und kann ebensowenig der Interalliierten Rheinlandkommission den für ihre Anordnungen fehlenden Vertrags- und Rechtsittel ersetzen. Vielmehr zeigt dieses Vorgehen erneut, daß die Interalliierte Rheinlandkommission sich zum Werkzeug der französischen Politik machen läßt.

Auch gegen diesen Rechtsbruch legt die deutsche Regierung Verwahrung ein.

Wegen der Mitwirkung der Interalliierten Rheinlandkommission sind entsprechende Vorstellungen auch bei der englischen und belgischen Regierung erhoben worden.

Gefährliche „Kindereien“.

Nationalistische Abenteuer im Sonderzuge unterwegs.

Stettin, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Hier traf am Mittwoch mittels Sonderzug, bestehend aus 14 Personenzugwagen und einem Gepäckwagen, ein Trupp Abenteurer in Stärke von 335 Mann ein. Sie waren militärisch organisiert, kompanieweise eingeteilt, die Führer waren bewaffnet. Der Beförderungszug, der in Stralsburg (N.-M.) ausgestellt war, lautete auf „430 Kinder über zehn Jahre. Zahlung ist zu zahlen.“ Die Verwaltung der Reichsbahn hielt es nicht für nötig, den Behörden von der Ankunft dieses Transportes Mitteilung zu machen. Vom Betriebsrat wurde das Polizeipräsidium benachrichtigt. Eine halbe Handerschaft nahm die Abenteurer in Empfang. Der Zug wurde von mehreren Kriminalbeamten durchsucht. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine Abteilung der verächtlichen Nationalsozialisten handelte. Die Führer wurden auf dem Polizeipräsidium vernommen und gaben an, daß der Trupp nach Ostpreußen unterwegs sei, um angeblich von dort aus eine kriegerische Bewegung gegen Frankreich einzuleiten. 50 000 Mann seien auf drei verschiedenen Heerstützen zu demselben Zweck mobil gemacht. Während des Aufenthalts auf dem hiesigen Hauptgüterbahnhof stellten die Herrschaften ein Ultimatum, die Führer bis 3 Uhr zu verlassen. Nach einem Hornsignal formierten sie sich militärisch vor dem Zuge und stimmten ein Hurra-Gebrüll an. Als darauf der anwesende Polizeioffizier energische Maßnahmen androhte, besaßen sie die Wagenabteile. Die polizeiliche Ermittlung weiter ergaben, handelt es sich um jene Leute, die bereits seit einigen Wochen im Lande umherzogen und in Berlin vom Reichswehrministerium Einstellung in die Reichswehr verlangten. Im verflochtenen Zuge wurden sie unter polizeilicher Bewachung nach dem Munsterlager abgehoben. In Potsdam verhafteten sie den Zug zu verlassen, so daß von dort und von Anklam polizeiliche Verstärkung herangeholt werden mußte.

In der Sackgasse der Machtpolitik.

Eine Unterredung mit Hilferding.

Paris, 7. Februar. (W.B.) Dr. Hilferding, der die deutsche Sozialdemokratie auf dem französischen Parteitag in Lille vertreten hat, gewährte dem dort anwesenden belgischen sozialistischen Abgeordneten Pierard ein im Brüsseler „Peuple“ veröffentlichtes Interview, in dem Pierard ihm zunächst die Frage stellte: Wie glauben Sie, daß sich ein Ausweg aus der gegenwärtigen Lage finden läßt, da die Sozialisten gegen die Besetzung des Ruhrgebietes sind? Hilferding antwortete, es sei sehr schwer geworden, eine Lösung zu finden. In Deutschland glaube man allgemein, daß Frankreich keine wirtschaftliche Lösung mehr suche, sondern eine Machtpolitik betreibe mit dem Ziel, von Deutschland Gebiete loszutrennen, die für dessen allgemeine Wirtschaft von hervorragender Wichtigkeit seien, und zwar um Frankreich seine militärische und industrielle Vorherrschaft in Europa zu sichern. Um diese Auffassung zu rechtfertigen, müsse man sich auf gewisse Enthüllungen aus dem Bericht Doriaes oder auf die in Petersburg veröffentlichten Dokumente beziehen, die die Verhandlungen zwischen Frankreich und Rußland über das linke Rheinufer mitten im Kriege nachwies. Bis jetzt seien sämtliche von der deutschen Regierung gemachten Reparationsangebote von Frankreich als unzulänglich abgelehnt worden. Das Eingreifen einer anderen Macht oder des Völkerbundes sei sehr schwierig geworden. Das

1 000 000 000 000.

Von Friedrich Wendel.

Das deutsche Reichsdefizit hat die Höhe von 1,5 Billionen Mark erreicht. Nur wenige wissen, was sich hinter der Eins mit den zwölf Nullen verbirgt. Halten wir uns an praktische Beispiele.

Man nehme an, in 2500 Berliner Bars genehmigen pro Lokal 40 Gläser allabendlich je 10 Schnäpse. Das macht 1 Million Schnäpse pro Berliner Abend — eine Ziffer, die sich in diesen Tagen des Volkstropfens nicht allzu sehr von der Wirklichkeit entfernen dürfte. Um aber eine Billion Schnäpse im erwähnten Abendkonsum zu veranlagen, hätte besagtes Publikum bereits vor 27 397 Jahren anfangen müssen zu kaufen, also zu einer Zeit ungefähr, als die Äbnen des letzten Reandertal-Menschen noch nichts von den alkoholischen Erregenschaften ihrer Spätentel ahnten.

Wollte jemand sich das Vergnügen machen, die Zahlen von 1 bis 1 000 000 000 000 auf einzelnen Zetteln auszuschreiben, wobei wir ihm einen durchschnittlichen Schreibzeitaufwand von 2 Sekunden pro Ziffer zubilligen wollen, so brauchte er 2 Billionen Sekunden oder 333 Milliarden und 333 Millionen Minuten oder 55 Milliarden und 555 Millionen Stunden oder 6 341 958 Jahre — ein Zeitraum, der, wenn die Abtragung der deutschen Schulden überhaupt für möglich gehalten wird, vielleicht ausreicht für ein solches Unterfangen. Allerdings: das Ausschreiben der Zettel würde auf Schwierigkeiten stoßen, der Mann würde Riesenwälder verschreiben müssen.

Eine Zigarette wiegt 1 Gramm. Eine Billion Zigaretten wiegt 1 Million Tonnen. Die Last von 1 Million Tonnen entspricht der Lastfähigkeit von 100 000 Güterwagen oder 2500 Normal-Güterzügen (den Zug zu 40 Wagen gerechnet). Diese Züge (jeder ist 600 Meter lang) würden, wollte man sie ohne Zwischenraum aneinanderkuppeln, eine Strecke von 1500 Kilometer einnehmen, was einer Zuglänge Berlin-Paris und zurück entsprechen würde. Ein Reitenraucher, der sein Vaster auf 50 Zigaretten pro Tag steigern wollte, würde an einer Billion Zigaretten 54 794 248 Jahre zu rauchen haben.

Die Textzeile des „Vorwärts“ enthält durchschnittlich 50 Buchstaben. Sind die Spalte zu 120 Zeilen gerechnet, 18 000 Buchstaben pro dreispaltige Textzeile. Mit 1 Billion Buchstaben könnte man 63 855 555 „Vorwärts“-Seiten füllen oder 6 944 444 achtseltige Ausgaben veranstalten, was 10 290 Jahrgängen des „Vorwärts“ entsprechen würde. Ich wünsche dem „Vorwärts“ diese 10 290 Jahrgänge! (Vielleicht trägt der kompakte Wunsch mit ein Vorzugshonorar für diese klende Rednererei ein.)

Das anschaulichste Bild von einer Billion aber kriegt man, wenn man sich ans Nachsitzende hält und annimmt, daß der Geduldssaden der Arbeiterschaft eine Billion Meter lang ist. Den könnt ihr dann 25 000mal um den Äquator legen!

Die Brille ist des Lindström Luft...

(Nach bekannter Weise.)

Die Brille ist des Lindström Luft,
Die Brille.
Das müßt kein großer Feldherr sein,
Dem niemals fiel die Brille ein,
Die Brille.

November achtzehn hat er's fern,
November.

Da rief er aus in finst'rer Nacht,
Die Brille ihn unternützlich macht,
November!

In Oesterreich ging es auch recht scharf,
In Oesterreich,
Wie da das Volk den Zug gestürmt,
Da wär er gar zu gern gestürmt,
In Oesterreich!

Doch ach, die blaue Brille fehlt,
Die Brille.
Da raunt ihm die Lotterienfrau:
„Ich hab auch eine Brille, schau!
„ne Brille!“

Und als er auf der Brille sah,
Der Brille.

Da hört er einen dunkeln Sang,
Er ging den ganzen Zug entlang:
„Ach du mein Erich, Erich, Erich,
Komm gleichig, — lehrig, — lehrig
Auf die Brille,
Dort ist's stille!

Da sehn dich nicht die Horden
Und da wird dich keiner morden,
Sind's die Augen — rimm 'ne Brille.

Rich. von Lindenbuden.

„Penthesilea“ im Deutschen Theater. Gott hält in der rechten Hand Penthesilea und in der linken Achilles und er schleudert das kriegerische Weib und den Halbgoth auseinander, ganz wie es ihm behagt. Also sind sie Spielbälle der Schicksalslaune. Ob Penthesilea dem Achill in die Brust sinkt, ob sie ihre Zähne in seinen Leichnam hineinsteckt, es geschieht alles, ohne daß vor dem Manne und der Frau eine Gegenwehr geleistet würde. Das ist der Sinn der Penthesilea. Heißer Dichtersinn, der die Menschen zur Mammuthgröße aufblaszt, der die Berge aufeinanderstürmt, wortwörtlich mit Worten, wortwörtlich mit Gefühlen, wortwörtlich mit Begehrnissen, die an die Wände des Zulässigen, des tragisch noch Höheren, des komisch nicht Umkippenden rühren. Wie hat es gebohrt in Kleist,

wie hat es gegärt, wie hat es geglutet in ihm, da er mit Achillios weiterfertete und trotzdem versuchte, Zeugnis abzulegen von seiner persönlichsten Erfahrung! Seine Erfahrung lautete aber so: Menschen, die sich nicht erreichen können in ihrer Liebe, werden blutdürstig. Das ist eine Wahrheit, vorausgehante Psychoanalytikerwahrheit wenigstens so weit die Traumwelt des Menschen in Betracht kommt. Darum ist auch die Penthesilea die Tragödie der Schlafwandeln und besessenen Kreaturen, genau so wie das Rächen von Heitbronn das Lustspiel dieser schwierigen Menschen-gattung ist.

Herr Kehn, der Regisseur, ließ nicht die Schicksalstragödie spielen. Er gab nicht den Ton der Warnung und Verdunkelung und der feilschen Verflüchtigung. Das Verleben des Halbgoth und der Kriegerin war Zufall, nicht Zwang, weil die Wichtigkeit des Dialogs gelockert wurde. Schon der Eingang verlogte. Was Odysseus von der Verbissenheit der beiden Besessenen erzählt, das darf keinen Moment als maßvolle, nur romantische Erzählung gebracht werden. Das muß finstere Warnung sein, beinahe Propheetie aus dem Jenseits. Ferdinand Hardt, der Odysseus, ein sonst begabter Sprecher, von seinem Regisseur falsch unterrichtet. Dann das Paar der Verflüchtigen. Fräulein Straub hing am Ohr Gottes, aus ihr redete die altertümliche Schicksalsgöttin. Ihre Momente der Verklärung und der Grausamkeit folgten der Inspiration. Aber es klammerte sich Herr Hartmann, der Achill, viel zu oberflächlich an diese gottgebundenen Erklärerinnen Lebens. Dieser Achill spielte zeitweise wie ein häßlicher Offizier mit seiner Dame. Aber Achill darf nicht spielen, nur das Schicksal spielt mit ihm. Dumpf oder leuchtend, aber nur eines darf er sein, er darf niemals pendeln. — All diese Weiberchen, die da mit Bogen und Pfeil so geschickt umgehen, und die Griechen abschleichen, haben runde Schenkel, schlankes Arme, dünne Stimmchen, Nierenrädchen, Ballettschritte. Es ist ein Hauptpaß, dies Gehülpe lieblicher Soldatinnen zu sehen. Aber der Traum von der antiken Amazonengröße wurde äppiger geträumt, mehr als fleischiger Außenstimmul, weniger als blumiges Kainerballett. Mag Hochdorf.

Ein Menzel-Standbild vor dem Alten Museum. In der Vorhalle von Schinkels Altem Museum wird nun das Standbild aufgestellt werden, das der preussische Staat Menzel errichtet. Es ist ein Werk von Professor Peter Breuer, dem Berliner Bildhauer. Der Künstler, der dafür seine Erinnerungen an Menzel und nach dem Leben gezeichnete Bildnisse wie das von Reinhold Boggs vermehrt konnte, stellte Menzel in ganzer Figur dar. Der Meister steht etwas breitbeinig da, in dem langen Mantel, den er zu tragen pflegte, und sieht mit der Schärfsichtigkeit seines Alters gerade vor sich hin. Denn er ist beim Zeichnen: die Rechte hält den Stiftenstock und mit der Linken — Menzel konnte bekanntlich links ebenso bequem zeichnen wie rechts — wird er im nächsten Augenblick mit dem Bleistift festgehalten, was er erspült. Das Standbild kommt an die eine Schmalseite der Vorhalle zu stehen.

Schulhausausstellung. Am 6.7. Volksküche am Marktplatz in Schöneberg eröffnet der Bund der Schulhausausstellungen am 11. November 11 Uhr eine Kunstausstellung „Stand der Malerei und Graphik der Gegenwart“.

nationale Prestige Spiele eine Rolle dabei. Pflicht der sozialistischen Parteien sei es, eine für diese Vermittlung günstigere Atmosphäre zu schaffen.

Ricard verwies, den Erklärungen Hilsbergs über die machtpolitischen Ziele gegenüber, auf die letzte Rede Poincarés auf dem Bankett der republikanischen Journalisten Frankreichs. Hilsberg erwiderte, Poincaré habe sich gehütet, neben dem Annerkennungsgedanken auch die Bildung eines autonomen rheinischen Staates zu verdammen, der den französischen Kapitalismus in den Stand setzen würde, die deutsche Metall- und chemische Industrie ohne Annerkennung zu kontrollieren. Die Beschlagnahme der fiskalischen Erträge und der Dominanzforsten erscheint Hilsberg als erster Schritt bei dieser friedlichen Durchbringung. Auf eine weitere Frage Ricards antwortete er, sämtliche deutschen Vermittlungsvorschläge, z. B. derjenige, den Staatssekretär Herrmann nach London überbracht habe, seien stets hochmütig zurückgewiesen worden. Jede endgültige Lösung sei unzertrennlich mit der Streichung der interalliierten Schulden verknüpft. Auf diese Seite des Problems habe aber Deutschland keinerlei Einfluß. Im übrigen könne man sagen, daß die Alliierten ihre Forderungen nicht bestimmt formulierten.

Massenkundgebungen in Holland.

Der Protest des niederländischen Proletariats.

Amsterdam, 8. Februar. (W.B.) Gestern abend wurden in 25 Städten Hollands Protestversammlungen gegen die Besetzung des Ruhrgebiets abgehalten, die von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und von dem Niederländischen Gewerkschaftsbund einberufen waren. An der Versammlung in Amsterdam waren 3000 Personen beteiligt. A. a. sprachen der Führer der holländischen Sozialdemokratie, Tröstra, der hervorhob, daß Holland in dem Streit zwischen Deutschland und anderen Ländern nicht Partei nehmen, aber auf dem Standpunkt stehen, daß derartige Fragen nicht mit Gewalt, sondern durch internationale Vereinbarungen gelöst werden müssen. Auch der belgische Sozialdemokrat Eckelaers wandte sich gegen die Ruhrpolitik der französischen und belgischen Regierungen und erklärte, die belgische Sozialdemokratie wünsche eine Lösung durch den Völkerverbund. Breitscheld-Deutschland dankte namens der Ruhrbevölkerung für die finanzielle Unterstützung durch die holländischen Arbeiter. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der der Wunsch ausgedrückt wurde, die niederländische Regierung möge als Mitglied des Völkerverbundes keine Gelegenheit zur Herbeiführung einer internationalen Vermittlung zur Beendigung des Ruhrkonfliktes vorübergehen lassen. Die Versammlung schloß sich den Arbeitern von Frankreich und Belgien in der Verwerfung einer Politik der Gewalt an, da diese nur das Elend ganz Europas vermehre. In verschiedenen Städten verlauchten Arbeitsscharen und Sozialdemokraten die Versammlungen zu hören, so daß die Polizei mehrfach eingreifen mußte.

Das englisch-amerikanische Abkommen.

London, 8. Februar. (W.B.) Aus Washington wird gemeldet: Präsident Harding hat dem Kongreß das zwischen dem britischen Schatzkanzler Baldwin und der amerikanischen Forderungskommission erreichte Abkommen über die britische Schuld an Amerika vorgelegt. Harding bezeichnete das Abkommen als die erste sichtbare Stütze auf dem vom dem Gewölk des Krieges bedeckten Himmel der schuldbeladenen Welt. Die Regelung sei in ihrer Wirkung ein Unterpfand gegen Krieg und Kriegsausgaben und stelle eine strenge Befolgung jener Produktions- und Sparmaßnahmen dar, die durch die Begleichung von Verbindlichkeiten die Stabilität erhöhen. Der Präsident rief dem Kongreß, die Vorlage schleunigst anzunehmen.

Der Bericht der amerikanischen Schuldskommission legt die Hauptsumme der zu fundierenden britischen Schuld mit 4 074 818 000 Dollar an. Die bis zum 15. November 1922 abgelaufenen und noch nicht bezahlten Zinsen betragen bei einem Zinssatz von 4 1/2 Proz. 629 896 000 Dollar; hieron sind abzuziehen die von Großbritannien geleisteten Zahlungen in Höhe von 100 526 000 Dollar.

In seiner Adresse an den Kongreß hat Harding die Entscheidung der Schuldkommission gebilligt und erklärt, das Abkommen stelle den ersten großen Schritt in der Richtung auf eine Regelung der durch den Weltkrieg erwachsenen internationalen Verpflichtungen dar. Harding sprach der britischen Schuldensundierungskommission seine Anerkennung aus, die, während sich vielfach der Ruf nach Streichung der Weltkriegsschulden erhebe, von der man irrigerweise (?) eine Förderung des Friedens erwarte, nach Amerika gekommen sei, um die Gültigkeit der britischen Verpflichtungen anzuerkennen.

Unmittelbar nach Verlesung der Adresse des Präsidenten brachte Senator Smoot eine Bill ein, die das Schuldengesetz in dem Sinne abändert, daß Besorgte sowohl für die Annahme der Regelung mit Großbritannien als auch ähnlicher Regelungen mit anderen Ländern getroffen wird.

Zuspikung im Saargebiet

Saarbrücken, 8. Februar. (W.B.) Nach der „Saarbrücker Zeitung“ hat sich die Lage im Saarrevier verschärft. Den Organisationen war von der Polizeiverwaltung zugesagt worden, daß nur die Ortspolizei zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eingesetzt werden solle. Trotzdem die Ordnung nirgends gefährdet wurde, sind Militärkräfte verwendet und die Gruben militärisch besetzt worden. Die Wahnahme hat zur Verschärfung der Stimmung beigetragen, zumal es an verschiedenen Stellen zu Gemetzelten der Franzosen gekommen ist.

Devisenkurse.

	8. Februar		7. Februar	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	13266.50	13433.50	14668.25	14736.75
1 argentinische Papier-Peso	12468.75	12581.25	13366.50	13433.50
1 belgischer Franc	1795.50	1804.50	2044.87	2055.13
1 norwegische Krone	6184.50	6215.50	6832.87	6867.13
1 dänische Krone	9184.50	9215.50	9932.50	10117.50
1 schwedische Krone	8827.87	8872.13	9675.75	9724.25
1 finnische Mark	860.84	864.00	942.03	947.87
1 japanischer Yen	15890.25	15930.75	17456.25	17543.75
1 italienische Lire	1896	1904	1770.58	1771.44
1 Pfund Sterling	158108.75	158896.25	172567.50	173482.50
1 Dollar	33416.25	33583.75	36508.50	36691.50
1 französischer Franc	2044.87	2055.13	2319.15	2330.82
1 brasilianischer Milreis	3740.62	3759.30	4139.02	4160.38
1 Schweizer Franc	—	—	6907.08	6942.82
1 spanische Peseta	—	—	5785.02	5764.98
100 österr. Kronen (abgefl.)	—	—	52.61	52.80
1 tschechische Krone	—	—	1037.27	1092.73
1 ungarische Krone	—	—	14.45	14.74
1 bulgarische Leva	200.90	202.01	218.45	219.53
1 jugoslawischer Dinar	—	—	848.18	847.87

Die Zukunft der städtischen Wirtschaftsbetriebe.

Um die Verpachtung der Häfen Berlins.

Vor dem Forum der in der Berliner Gemeindevorwaltung tätigen Genossen und Genossinnen, der zur Partei gehörenden Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats- und Bezirksratsmitglieder und Bürgerdeputierten, wurde am Mittwoch die brennende Frage der Betriebsform für die Wirtschaftsbetriebe der Stadt behandelt.

Der Referent, Stadtverordneter Genosse Reuter, betonte, daß die Ueberführung von Betrieben in die öffentliche Hand auf jede mögliche Weise erstrebt werden muß. Die jetzige Zeit ist dieser Forderung in politischer Hinsicht günstig, aber in wirtschaftlicher Hinsicht ist die Durchführung gerade jetzt besonders schwer. (Zustimmung.) Gerade die schon kommunalisierten Betriebe hatten unter der notgedrungenen Raubwirtschaft der Kriegsjahre zu leiden, wie wir es in Berlin auch bei der Straßenbahn sehen. Dazu kommt, daß die finanzielle Notlage der deutschen Städte ihnen die Beschaffung flüssiger Mittel erschwert. Keine Rede kann davon sein, daß Berlin bankrott sei. Auch um die Straßenbahn stände es besser, wenn sie nicht die Erneuerungen statt aus Anleihen aus laufenden Einnahmen hätte decken müssen. Die Möglichkeit der Kommunalisierung hängt nicht allein von der ziffermäßigen Stärke der Sozialisten im Magistrat und im Stadtparlament ab, sondern von den Erfolgen städtischer Betriebe und von dem Urteil der Bevölkerung über diese. Richtig ist eine planmäßige Reorganisation, eine Umwandlung der Betriebe in Gesellschaften m. b. H., die aus der allgemeinen Verwaltung herausgenommen werden. Sie erhalten so bei größerer Beweglichkeit die Möglichkeit rascher Entschlüsse, und statt der Beamten kommen der Kaufmann und der Techniker zur Geltung. Die Stadtverordnetenversammlung wird größtenteils ausgeschaltet, z. B. auch für die Tariffrage. Aber ihr bleibt die Kontrolle der ganzen Finanzgebarung des Betriebes gewahrt, wenn er ihr alljährlich die Bilanz zur Genehmigung vorlegen muß. Die G. m. b. H. erleichtert die Zusammenlegung der bei der Zusammenfassung Groß-Berlins übernommenen Einzelbetriebe. Auch erhält sie leichter Anleihekapital, so daß für die Ausgabenbedeckung nicht nur die Tarifserhöhung bleibt. Wenn wir so die Berliner Werke auf eine neue Basis stellen, werden sie Erfolge haben, wie es z. B. der kleine Betrieb des Ansehungsamtes schon zeigt. Von dem Erfolg hängt es ab, ob wir der Stadt ihre Betriebe erhalten können und neue ihr zuführen dürfen. Wir müssen den Gedanken der Gemeinwirtschaft so durchführen, daß er nicht mehr zurückgedrängt werden kann. (Beifall.)

Als zweiter Referent behandelte Stadtrat Genosse Schünning das in der heutigen Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung stehende Projekt, die Häfen Berlins durch Verpachtung an ein Unternehmersonsorium rentabel zu machen und zugleich die Warenlagerung in Berlin zu bessern. Die Berliner Häfen sind vermehrt noch um den Westhafen, für die bisherige Warenlagerung viel zu groß. Um sie voll auszunutzen zu können, müssen sie mit der Binnen- und Seeschifffahrt in Verbindung gebracht werden, die vom Privatkapital beherrscht sind. Die Stadt allein hat keinen Einfluß auf den Güterverkehr außerhalb der Grenzen Berlins und Deutschlands, kann die Benutzung der Häfen nicht erzwingen und ist machtlos gegen Hamburgs und Stettins Einlagerungsmonopol. Das Konsortium, an das die Häfen verpachtet werden sollen, kann und will die Hamburger und Stettiner Einlagerung der für Berlin bestimmten Waren umgehen, so daß direkte Zuführung nach Berlin auf dem Wasserwege unter Benutzung unserer Häfen möglich wird. Das Konsortium übernimmt die Häfen auf 50 Jahre, zahlt 1 1/2 Milliarden sofort und gibt weitere 3 1/2 Milliarden zur Fertigstellung des Westhafens. Die Steigerung des Hafensverkehrs kommt der Berliner Warenversorgung zugute und ermöglicht auch die Beschäftigung von mehr Arbeitern in den Häfen. Beim Eigenbetrieb behielte die Stadt leere Häfen, deren Unrentabilität ihr die gerade bei Häfen sehr rasch erforderlichen Erneuerungen unmöglich machte. Hier die Dinge gehen zu lassen, wie sie wollen, so daß die Häfen in Verfall geraten, wäre eine Politik der Verantwortunglosigkeit. (Zustimmung.) Das Konsortium muß die Schäden, die eine ständig überwachende technische Kommission der Stadt feststellt, auf eigene Kosten beseitigen. Bei der finanziellen

Situation, in der Berlin sich heute befindet, bleibt nur die Häfenverpachtung übrig. Sie sichert uns die Erhaltung der Häfen als städtisches Eigentum, und bei ihr sind auch die Interessen der Arbeiterschaft am besten gewahrt. (Beifall.)

In der Diskussion erhielt als erster Redner und mit unbeschränkter Redezeit der Stadtverordnete Genosse Amberg das Wort. Nicht gegen die Umwandlung städtischer Betriebe in Gesellschaften m. b. H. wandte er sich, sondern gegen die Absicht, die Häfen Berlins in Erbbaupacht auf 50 Jahre an private Unternehmer zu geben. Auch die Stadt kann gut arbeiten, das zeigt die Straßenbahn, deren Kern nie so gefund wie heute gewesen ist. Ihre technischen Anlagen sind jetzt in so gutem Zustand wie früher nie bei der privaten Gesellschaft. In anderen deutschen Städten haben schon 57 Straßenbahnen, die größtenteils in den Händen privater Kapitalisten sind, ihren Betrieb als unrentabel eingestellt. Unsere Gaswerke wirtschaften Ueberfluß heraus, aber wenn der Räumlicher Anteil davon beansprucht, werden ihnen die Mittel zur Erneuerungsbearbeitung geschmälert. Daß sie in Berlin technisch nicht auf der Höhe sind, ist die Schuld früheren Kommunalverwaltungen. Die Güter der Stadt brachten trotz maßloser Gewinne privater Bauwirtschaft ein Defizit, aber Administratoren selber beteiligten sich nachher an den Pachtungen dieser Güter, um Profite zu machen. Durch die Häfenverpachtung wird, führte Genosse Amberg aus, unser Kommunalprogramm umgemorsen und gegen das sozialistische Prinzip verstößt. Man sollte sich gedulden, bis für Handel und Wandel bessere Zeiten kommen. Das nachtende Kongressorium erhält ein Monopol und darf selbständig einzelne Teile der Speicheranlagen weiterverpachten, was die Stadt ebenso gut tun könnte. Gegen die Begehr der Häfen hat sich die Gewerkschaftskommission erklärt, deren Einspruch nicht unbeachtet bleiben sollte.

Auch Genosse Ahlhöfer forderte Beachtung dieses Einspruchs. Die Umstellung der Straßenbahn in eine G. m. b. H. müsse auch die Leitung in andere Hände bringen, sonst sei keine Besserung zu erwarten. Genosse Kühmann hielt ein fünfzigjähriges Monopol für bedenklich und die Entschädigung von 5 Milliarden für zu gering. Er fragte, ob nicht Berlin durch eine Hafenanleihe um die Verpachtung herumkommen könne. Stadtverordneter Genosse Lohmann betonte, daß Gewerkschaftspolitik und Parteipolitik in Einklang stehen müssen. Aber auf die Dauer könne man nicht Politik für eine einzelne Arbeitergruppe treiben, sondern das Gesamtwohl müsse leitender Gesichtspunkt sein. Ein erfolgversprechender Eigenbetrieb sei für die Häfen zurzeit unmöglich. Stadtrat Genosse Schlichting führte aus, daß nur die Rat und die jetzige Unmöglichkeit, einen Konkurrenzkapital gegen das Schiffskapital zu führen, uns zur Verpachtung der Häfen zwingt. Daß wir hiermit gegen das sozialistische Prinzip verstößen, habe auch Amberg nicht nachweisen können. Genosse Sabath, Vorsitzender der Gewerkschaftskommission, verneinte bei den Worten der Stadt die rechtzeitige und richtige Organisierung unter Ersetzung der bureaukratischen Beamten durch Männer der Praxis. Auch die Häfen könnte Berlin allein betreiben, wenn es die richtigen Personen ausfände. Sonst müßten wir mit unserem Sozialismus einpacken. Stadtverordneter Genosse Hah stellte fest, daß gegen das Prinzip der Verpachtung auch Genosse Amberg nicht Einspruch erhoben habe; denn auch er wolle bei Eigenbetrieb die Verpachtung von Teilen zulassen.

Im Schlußwort wies Genosse Schünning darauf hin, daß dem Konsortium über die 5 Milliarden hinaus weitere Leistungen zur Last fallen. Die Unternehmer tragen das Risiko, die Stadt ist durch das Heimfallrecht gesichert. Genosse Reuter entgegnete in seinem Schlußwort dem Genossen Sabath, gerade um des Kommunalisierungsgedankens willen dürfe man, wo die Vorbedingungen fehlen, nicht kommunalisieren. In den Gesellschaften m. b. H. habe die Stadt eine Mehrheit und könne bei der Auswahl der leitenden Personen entscheidend mitreden. Mit einer kurzen Zusammenfassung des Ergebnisses der Diskussion schloß der Vorlesende Genosse Schlegel die Konferenz.

... durch die Brust geschossen.

Heimtückische Ermordung eines Polizeibeamten.

Im Dienst erschossen wurde in der vergangenen Nacht der 28 Jahre alte aus Eriegaug gebürtige unverheiratete Unterwachtmeister der Schutzpolizei Will Steiner, der auf dem Revier 105 in der Dranienstraße beschäftigt war. Steiner, ein ruhiger und besonnener Beamter, sah, wie sich gegen 1 1/2 Uhr zwei Männer in der Haustürschwelle des Grundstücks Dranienstraße 130a verdächtig zu schaffen machten und ging auf sie zu. Als die beiden ihn kommen sahen, gingen sie weg. Steiner holte sie an der Jakobikirche ein, trat an sie heran und stellte sie, wie ein Wächter, dem die beiden Männer auch schon aufgefallen waren, beobachtete, in aller Ruhe zur Rede. Mithilch hörte der Wächter mehrere Schüsse fallen und sah den Wachtmeister zu Boden sinken. Als er nun hinlief, ergrieffen die beiden Männer die Flucht nach der Gitschiner Straße zu. Als er sie verfolgte, schossen sie wiederholt auf ihn, ohne jedoch zu treffen. Auch der Wächter gab mehrere Schüsse ab. Er hörte auch einen aufschreien und glaubt, daß er einen der Verfolgten getroffen habe. Trotzdem entkam beide nach der Gitschiner Straße zu. Sie sind noch nicht ermittelt. Steiner war durch Schüsse aus einer 9-Millimeter-Armee pistole in die Brust getroffen und sofort tot zusammengebrochen. Die Mordkommission der Kriminalpolizei wurde benachrichtigt und die Kommissare Dr. Anuschat und Quées nahmen mit ihren Beamten sofort die Ermittlungen auf. Auf die Ergreifung der Täter wurde eine Belohnung von 20 000 M. ausgesetzt. Es sind wahrscheinlich gewerbsmäßige Einbrecher, die es auf das Haus 130a abgesehen hatten. Der von dem Wächter Angeklagte wird wahrscheinlich geizmüßig sein, sich irgendwo verbinden zu lassen. Alle diejenigen, die von dem Verbrechen etwas wahrgenommen haben oder sonst zur Aufklärung beitragen können, werden ersucht, sich umgehend bei den Kommissaren Anuschat und Quées im Polizeipräsidium zu melden. Unbemittelten werden alle Unkosten erlegt.

Ärzte und Krankenkassen.

Verhandlungen über die neuen Honorare.

Am 6. und 7. Februar fanden im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Ministerialdirektors Gröber und in Anwesenheit von Vertretern des Statistischen Reichsamts und des Preussischen Wohlfahrtsministeriums Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Ärzte und Krankenkassen statt. Von beschäftigten sich zunächst mit der Festsetzung der kassenärztlichen Honorare. Da eine freie Vereinbarung über die Januarsätze zwischen Ärzten und Krankenkassen nicht erzielt werden konnte, trat ein vom Reichsarbeitsminister eingeleitetes Schiedsgericht zusammen, das den Ärzten für die kassenärztliche Tätigkeit im Januar einen Teuerungszuschlag von 100 R., 250 R. bzw. 500 R. bewilligte. Danach erholten die Kassenärzte 350 R. für die Beratung und 700 R. für den Besuch. Bei Zahlungsverzug sollten außerdem Verzugszinsen in Höhe des jeweiligen Reichsbankdiskonts gezahlt werden. Für den Monat Februar erklärten sich die Ärzte zu den angegebenen Honoraren zur Fortsetzung der kassenärztlichen Tätigkeit bereit, wenn Anfang März ebenfalls für den Februar entweder durch Vereinbarung oder durch ein Schiedsgericht die notwendigen Teuerungszuschläge zugewilligt würden. Als dann der Vertreter des Reichsarbeitsministers mitteilte, daß der Minister Anfang März

die Parteien zu Verhandlungen über diesen Punkt einladen werde, erklärten die Ärzte, daß sie die endgültige Entscheidung dem am Sonntag in Leipzig zusammentretenden Beirat ihres Verbandes überlassen möchten. Zur Erörterung kam ein vom Arbeitsministerium vorgelegter Entwurf über Grundlagen zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Krankenkassen und der Regierung sich auf den Standpunkt stellen, daß dieser Entwurf zunächst in Form eines Vertrages in Kraft zu setzen sei, verlangten die Krankenkassen eine gesetzliche Regelung ihrer Beziehungen zu den Ärzten. Sie bestanden auf der von ihnen geforderten Abänderung des § 182 der Reichsversicherungsordnung in dem Sinne, daß sie von der gesetzlichen Verpflichtung, Krankenhilfe als Sachleistung zu gewähren, befreit werden, um sie durch eine Barleistung ablösen zu dürfen. Bei der gegenseitigen Aufzählung der beiden Parteien über diesen Punkt konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

„Beschlagnahmungen“ aus der Spartakistenzeit.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I hatte sich der Arbeiter Erich Kluge zu verantworten. Die Verhandlung erprob das typische Bild jener verworrenen Tage, die kurz nach dem Ausbruch der Revolution in allzu großer Unsicherheit auch in Berlin sich bemerkbar machten. Im Februar des Jahres 1919 war der Angeklagte mit mehreren Komplizen zu einem Haus in der Lindenstraße gefahren, um dort „Beschlagnahmungen“ vorzunehmen. Die Angelegenheit hatte das Schwurgericht schon einmal im Dezember 1919 beschäftigt, bei welcher Gelegenheit die Komplizen des geflüchten Angeklagten Gefängnisstrafen bis zu neun Monaten erhalten hatten. Der Angeklagte Kluge konnte wegen Krankheit, die er sich im Felde zugezogen hatte, erst gestern zur Aburteilung herangezogen werden. Bei dem fraglichen Ueberfall hatte der Angeklagte nur die Anweisung erhalten, mit einem, unterdessen auch schon verurteilten, Komplizen in der Küche aufzuspüren, daß keiner aus der Wohnung heraus könne. Trotzdem es sich um einen Fall aus der Zeit handelte, in der alles drunter und drüber ging, ließen es sich die Geschworenen angelegen sein, den Angeklagten die Schärfe des Gesetzes spüren zu lassen; sie nahmen Erpressung in Tateinheit mit geschwinderer Anwesenheit an und das Gericht verurteilte demgemäß den Angeklagten Kluge zu 6 Monaten Gefängnis, die allerdings durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Veränderlich, überwiegend bewölkt mit leichten Schneefällen und kalten bläulichen Winden. Temperatur um dem Gefrierpunkt schwankend.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Kreis. Kreuzberg. Freitag, den 8. Februar, 7 Uhr. Kreisvorstandssitzung bei Reim, Urbanstr. 20.

Wohndorf, Sozialdem. Wahlkreis 83. 8. Kreis. Donnerstag 8 Uhr bei Birch, Bobnischstr. 10. Definitive Versammlung. Thema: „Kultur, Befähigung und Arbeiterschaft.“ Referent: Hjarre Dieker.

3. Kreis. Kreuzberg. Freitag, den 8. Februar, 10 Uhr. im Jugendheim, Traßstr. 16. Vortrag der Genossin Clara Böhm-Schub. Gäste willkommen.

Sherlock Holmes jun.

Durch Schundromane verdorben.

Auf den Spuren seines Vorbildes Sherlock Holmes suchte der erst 16jährige landwirtschafliche Bureauassistent Bruno R. zu wandeln, der sich gestern wegen versuchten Raubes vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte.

Angeregt durch eifrige Lektüre von Detektivromanen, suchte der junge Mann eine solche Tätigkeit für den Detektivberuf, daß er ihn zu seinem Privatvergnügen neben seiner eigentlichen Beschäftigung betrieb. Seinen Spürsinn suchte er in ganz besonderer Weise an Kontrollmädchen zu erproben, auf die er bei abendlichen Spaziergängen Kriminalromane aufmerksam machte. Um sich durch eigenen Augenschein von dem Betrieb in gewissen Hotels zu überzeugen, begleitete er eines Nachts das 23jährige Kontrollmädchen Minna S. nach einem Absteigequartier in der Koppenstraße. Auch hier spielte er zunächst den Detektiv, verlangte Legitimationspapiere von seiner Begleiterin und erkundigte sich nach dem Preis und der Herkunft ihres feinen Lumpens. Wählich verfolgte der „Amateur“ seinen „Studienobjekt“ hinterläßt mit einem Schlagring zwei Schläge auf den Kopf, so daß das Mädchen blutüberströmt zusammenbrach. Dann suchte er scheinlich zu entfliehen, wurde aber auf die geltenden Hilferufe der Ueberfallenen festgenommen. Sein Bedauern und insbesondere seine Erkundigungen nach dem Preis ihrer Kleidungsstücke ließen den Verdacht eines Raubversuches entstehen, und er wurde auch unter dieser Anklage gestellt. Nach seinen Angaben jedoch hat der „Detektiv“ es aber nur mit der Kunst bekommen, da er nicht wußte, was er nach Erledigung seiner Recherchen mit seiner Begleiterin anfangen solle und wie er fortzukommen könne. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bojzin ließ die Anklage wegen Raubes fallen, da das Motiv nicht aufgeklärt sei und beantragte Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis. Das Gericht erkannte auch auf diese Strafe und beschloß, den Angeklagten sofort in Haft zu nehmen. Eine Strafauflage wurde abgelehnt. Wie Landgerichtsdirektor Schimmel im Urteil ausführte, müsse einen jungen Menschen, der so leichtsinnig mit dem Leben von Mitmenschen spielt, eine harte Strafe treffen, die er ohne Verzug anzutreten habe, um ihn die Bestrafung noch fühlbarer zu machen. Der Hohn dieses Schicksals, so roh sich seine Tat auch ausnimmt, hätte doch wohl eher vor das Jugendgericht gehört. Die wahren Schuldigen sind die Verleger der Schundromane und Gestalter der Schundfilme.

Das Schaufenster als moderner Pranger.

Ein Radikalmittel gegen die immer mehr überhandnehmenden Verfälschungen eines eben so wichtigen wie leider bald unerschwinglichen Nahrungsmittels wie die Milch wurde gestern von der 10. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Steinhaus gegen eine gewerkschaftliche Milchpantfängerin angewendet. Es war dies die Kollereibeherrschin Hedwig Wessphal, die sich in Gemeinschaft mit ihrem Ehemann Max W. wegen vorsätzlicher Nahrungsmittelverfälschung zu verantworten hatte. Letztere hatte in der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht alle Schuld auf sich genommen und zugegeben, daß sie seit längerer Zeit die Milch durch einen größeren Zusatz von Wasser „getaut“ hatte. Dies hatte das Gericht aber nicht gehindert, den Ehemann trotzdem als den Hauptschuldigen anzusehen. Dieser wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt, während die Frau mit 2000 M. Geldstrafe davonkam. Hiergegen legte Justizrat Golten Berufung ein und machte vor der Strafkammer geltend, daß jeder positive Nachweis für eine Mitbeteiligung des Ehemannes fehle. Das Gericht kam auch bezüglich des Mannes mangels Beweises zu einer Freisprechung, dagegen wurde die Berufung der Frau mit der Maßgabe verworfen, daß das Urteil in dem Schaufenster des Geschäfts der Angeklagten öffentlich auszustellen sei. Gegen derartige Verfälschungen sei im Interesse der Volksgesundheit mit einem solchen Radikalmittel vorzugehen.

Erhöhte Unterstützungssätze.

Die fortschreitende Verteuerung aller Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs hat eine Erhöhung der Unterstützungssätze notwendig gemacht. Der Magistrat hat folgende neue Unterstützungssätze, die von den Wohlfahrts- und Jugendkommissionen selbständig bewilligt werden dürfen, beschlossen: 1. Laufende Unterhaltungen. Einzelne Personen bis 6000 M., kinderlose Ehepaare bis zu 9000 M., Familien mit unterwachsenen Kindern bei einem Kind bis zu 12000 M., für jedes weitere Kind 2000 M., 2. Pflegegeld für ein Kind bis zu 4000 M., 3. Zusatzunterstützungen an laufend unterstützte Personen innerhalb drei Monaten einmal bis zu 6000 M., über die Sätze zu 1 hinaus, 4. Einmalige Unterhaltungen an andere Personen bis zu 3000 M. Bei Beurteilung dieser Unterstützungssätze ist zu berücksichtigen, daß neben der Barunterstützung in vielen Fällen freies Mittagessen gewährt wird und daß für Bekleidung ufm. erhebliche Mittel aufgewendet werden.

Metallbleche und Kircheneinbrüche. Das schändliche Treiben gewisser Metallhandwerker und Schmiedler wird besonders auch den Gottesdienern aller Bekenntnisse immer gefährlicher. Die Kircheneinbrüche nehmen in einer geradezu erschreckenden Weise überhand. Früher hatten es die Diebstahler, die die Kirchen heimlich, hauptsächlich auf Gold und Silber und Teppiche abgesehen. Sie verschmähen das natürlich auch jetzt nicht, vergreifen sich neuerdings aber auch an den einfachsten Metallen von Bronze, Weichblech und dergl., sogar die Bleikirchen rauben sie aus den Orgeln. In den letzten Wochen ist fast kein Gotteshaus in Berlin und Umgegend verheert geblieben. Ebenso aber geht es auch in der Provinz und im Reich zu.

Tuberkulosefürsorgestelle in Reinickendorf. Heute wird im Bezirkskrankenhaus, Trichstraße, in Reinickendorf eine Tuberkulosefürsorgestelle für den Bezirk eröffnet. Die Sprechstunde findet jeweils am Donnerstag von 1/2 bis 1/2 Uhr statt und ist für jeden Kranken kostenlos zugänglich.

Gewerkschaftsbewegung

Preise und Löhne.

Die Teuerung im Monat Januar war eine ganz außerordentliche. Am 31. Januar betragen die vierwöchigen Ausgaben für eine fünfköpfige Familie für Ernährung, Heizung und Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung 186 000 M. Es handelt sich hier aber noch lange nicht um ein Existenzminimum. Bei diesen Ausgaben sind die Steuern, Verbandsbeiträge, die Ausgaben für Wäschereinigung, Fahrgehalt, Zeitung usw. noch nicht berücksichtigt. Um das Existenzminimum zu errechnen, müssen noch mindestens 30 Proz. der Lebenshaltungskosten hinzugerechnet werden. Diese Zahlen stützen sich auf die Berechnungen des Statistischen Reichsamtes, ausgenommen die Zahlen für Bekleidung, die vom Archiv der Gewerkschaftskommission und des Ortskartells des IFA-Bundes besonders berechnet sind. Die Steigerung gegenüber Dezember beträgt 163 Proz. Nach den Ermittlungen des Archivs ergab sich am 31. Februar eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise um 35-40 Proz. Bezieht man sich auf die Steigerung der Großhandelspreise, dann ist anzunehmen, daß die Preissteigerung für Bekleidung ufm. voraussichtlich noch stärker sein wird als die für Ernährung.

Im Monatsdurchschnitt betragen die oben angeführten Lebenshaltungskosten, wie schon bemerkt, kein Existenzminimum sind, 123 900 M. oder 75,5 Proz. mehr als im Dezemberdurchschnitt.

Gegenüber dieser ungeheuerlichen Preissteigerung sind die Löhne und Gehälter trotz erheblicher Aufbesserung wieder zurückgeblieben. Von den 55 Tariflöhnen, die uns vorliegen, sind

nur fünf, die die Lebenshaltungskosten

vom 31. Januar, die inzwischen durch die Teuerung bereits überholt wurden, erreichen. Es sind aber darunter eine ganze Reihe von Löhnen, die nur die Hälfte oder kaum zwei Drittel der nötigen Lebenshaltungskosten betragen.

Angehts dieser sprunghaften Teuerung, verursacht nicht allein durch den Sturz der Mark, sondern durch die Hinaufschauung aller Preise durch die Landwirtschaft sowie durch die Spinnfaser und Ringe der Halb- und Fertigindustrie, wie durch die ungeheuerlichen Zwischengewinne des Handels und der Spekulation, ergibt sich eine weitere Verelendung der arbeitenden Bevölkerung. Was die Arbeitgeber betrifft, so verstehen sie es ohne weiteres, jeden Marktzug zur Erhöhung der Preise zu benutzen. Etwas anderes aber ist es mit dem Löhnen. Da wird gehandelt und gefeilscht, die Verhandlungen werden hinausgezogen, vom Schlichtungsausschuß zum Demobilisationskommissar, vom Demobilisationskommissar zum Reichsarbeitsministerium, vom Einigungsbeirat zum Schlichtungsausschuß verfrachtet. Die Preise werden verdoppelt, verdreifacht, die Arbeiter aber sollen sich mit den alten Löhnen oder mit prozentualen Zuschlägen abfinden, die weit hinter der Teuerung zurückbleiben. Mit anderen Worten: Während die Unternehmer ihre Preise verdoppeln und verdreifachen, zahlen sie ihren Arbeitern die Hälfte, die im Verhältnis zur Teuerung nur die Hälfte oder ein Drittel der früheren Löhne ausmachen.

Typisch für dieses Vorgehen ist die Haltung der Unternehmer des Großhandels. Hier werden Phantasiengewinne gemacht. Der Marktzug bringt den Großhändlern Gewinne, die in die Milliarden gehen. Das hindert aber dieselben Leute keineswegs, die bei ihnen beschäftigten Handelsreisenden mit

Hungerlöhnen von 16 000 M.

die Woche noch anfangs Februar abzuspülen. Die Herren Unternehmer haben es verstanden, die Verhandlungen immer wieder hinauszuziehen, und die Schlichtungsausschüsse bis hinauf zum Reichsarbeitsministerium haben dieser standhaften Haltung nach insofern Vorschub geleistet, als sie sich bisher nicht dazu verstehen konnten, einen Schlichtungsbescheid zu fällen. Die Einigungsbeiräte, die gemacht wurden, stehen in gar keinem Verhältnis zu der tatsächlich eingetretenen Teuerung. Oder gibt es einen Menschen mit gesundem Verstand, der von einer „Notlage“ des Großhandels sprechen kann? So sieht nun die „innere Umstellung“ der Unternehmer aus, von der der Reichswirtschaftsminister gesprochen hat, und so ist es mit dem „veröhnlichen Geist“, den das Reichsarbeitsministerium bemerkt haben will. Wir können unsferseits nur erklären, daß die Haltung der Unternehmer — von wenigen Ausnahmen abgesehen — eingependelt ist von einer kurzfristigen Gewinnsucht, die zu ihrem eigenen Schaden ausschlagen muß und die die Arbeiterschaft der Verelendung preisgibt. Wenn mit diesem System nicht gebrochen wird, dann kommen wir zu den schwersten wirtschaftlichen Kämpfen, zu Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens, die in kurzer Frist zum Triumph des französischen Imperialismus führen müssen.

Generalversammlung der Angestellten.

Der IFA, Ortsgruppe Berlin, hielt seine Jahresgeneralversammlung am Mittwoch in den Mustertischen ab. Der Jahresbericht wurde vom Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin, Hugo Cohn, erstattet. Der Redner zeigte in großen Zügen ein Bild von den Vorgängen, mit denen sich die Organisation im verflochtenen Jahre zu befassen hatte. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Jahres 66 299. Die Zahl der Lohnbewegungen stellte sich auf 1137 (im Vorjahre 404). Trotz aller Gebaltsbewegungen war es nicht möglich, mit der sprunghaft steigenden Teuerung Schritt zu halten. Die oft angeregte Lohnzahlung nach einer gleitenden Skala hat sich nach den damit in Breslau gemachten Erfahrungen nicht bewährt. Unser Eintreten für die Befreiung der Löhne für die Angestellten ist nicht ohne Erfolg geblieben. Besonders erfreulich ist die Entwicklung unserer Jugendbewegung. Die Zahl der Beteiligten ist von 4627 im Jahre auf 5715 im Berichtsjahre gestiegen. Redner streifte ferner kurz die Vorgänge im Ruhrgebiet und schloß mit dem Wunsch, daß es der Organisation beschieden sein möge, im laufenden Jahre zu neuen Erfolgen zu schreiben.

Weber die Kassenlage sprach der Kassierer Weyland. Nach seinem Bericht balanciert der Jahresabschluß in Einnahme und Ausgabe mit 66 600 118 M. Dem Hauptvorstand wurden 27 202 403 M. übermiesen.

Hierauf wurde zur Aussprache geschritten, an der sich vornehmlich kommunistische Redner beteiligten. Von diesen sprach Lorange fast eine volle Stunde, obgleich die Versammlung mehrfach durch lebhafteste Zurufe bekundete, daß sie keine Ausführungen nicht mehr hören wollte. Schließlich forderte er eine „Arbeiterregierung“, da nur diese Rot und Glend beseitigen könne. (Zurufe: „Sachsent!“) Lorange erwiderte hierauf, die Sozialdemokraten hätten dort unter Hinzuziehung von 2 Kommunisten eine Regierung bilden wollen, das würde aber keine Arbeiterregierung, sondern eine sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionregierung gewesen sein. (Stürmische Heiterkeit.) Da noch 16 Redner eingeschrieben waren, wurde die Versammlung um 10 1/2 Uhr vertagt.

Jahresversammlung der Buchbinder.

Am Dienstagabend fand im „Deutschen Hof“ die Jahresversammlung der dem Verband der Buchbinder und Papierarbeiter angehörenden Buchbinderbranche statt. Neben den ersten Punkt der Tagesordnung, Jahresbericht, referierte Czerny. In seinen Ausführungen hob er hervor, daß im verflochtenen Jahre schwere Kämpfe durchzuführen und große Arbeitslasten zu bewältigen waren. Während früher die Verträge mit den Arbeitgeber für drei Monate abgeschlossen wurden, mühten infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse im letzten Jahre alle zwei Wochen neue Verhandlungen geführt werden, und trotz aller Vorkämpfungen war es nicht möglich, einen Ausgleich der gewaltigen Teuerung gegenüber zu schaffen. Der bedeutendste Kampf im Berichtsjahre war der mit den IFA-Verbänden um die von diesen verlangte 48stündige Arbeitswoche. Leider sind wir in diesem Kampf nach dreiwöchiger Dauer unterlegen. Redner wandte sich insbesondere noch gegen das Ueberstunden-Umwesen, auf dessen Befreiung hinzuwirken bei einer rückläufigen Konjunktur dringend erforderlich ist. Ohne Bewilligung der Branchenleitung dürfe Ueberstundenarbeit nicht verrichtet werden. Die folgende Aussprache nahm den größten Teil des Abends für sich in Anspruch. In keinem Schlußwort sagte Czerny den weiblichen Mitgliedern mögliche Berücksichtigung zu. Bei der Wahl eines Branchenleiters wurde Czerny wiedergewählt. Ebenso die bisherigen Mitglieder (Beisitzer) der Disziplinierung: Fräulein Schellert, Herzog, Kämmerer und Beier. Wie noch mitgeteilt wurde, beträgt der Akkordzuschlag für Buchbinder ab 1. Februar 13 480 Prozent.

Löhne der Blumen- und Federarbeiterinnen.

In einer gut besuchten Versammlung der Blumen- und Federarbeiterinnen am Mittwoch im Gewerkschaftshaus berichtete Müller vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands über die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. Es sind für Monat Februar folgende Vereinbarungen getroffen worden:

Die Bezahlung für Beihilfen beträgt ein Jahr. Sie erhalten ab 1. bis 15. Februar im ersten Vierteljahr wöchentlich 2340 M., im zweiten Vierteljahr 2060 M., im dritten Vierteljahr 3310 M. und im vierten Vierteljahr 3960 M. Ab 16. bis 28. Februar 3150, 4100, 4700 und 5500 M. Arbeiterinnen unter 18 Jahren erhalten nach der Bezahlung ab 1. bis 15. Februar im ersten Jahre 7920 M., im zweiten Jahre 9090 M., im dritten Jahre 10 260 M. Vom 16. bis 28. Februar 10 900, 12 150 und 13 700 M. Hocharbeiterinnen über 18 Jahre vom 1. bis 15. Februar 12 150 M., vom 16. bis 28. Februar 16 150 M. Ueber 21 Jahre 16 290 bzw. 21 750 M. Ueber 24 Jahre 18 180 bzw. 24 350 M. Hilfsarbeiterinnen von 14 bis 24 Jahre erhalten je nach dem Alter vom 1. bis 15. Februar 5800 bis 12 150 M., vom 16. bis 28. Februar 7800 bis 16 150 M. Restarbeiterinnen über 24 Jahre 14 400 bzw. 19 200 M. Restarbeiterinnen 10 900 bzw. 26 550 M. Färbereinen 13 630 bis 30 400 M. Ausschläger 20 700 (mit Kindern) bis 38 400 M. Ausschlägerinnen 16 290 bis 25 450 M. Außerdem werden Leistungszulagen für Gehaltsarbeiterinnen gewährt. Für Akkordarbeiterinnen sind besondere Sätze aufgestellt, die auch für Heimarbeit gelten. Für Ueberstunden werden 25 Proz. Zuschlag vergütet. Wiedererwerb wurde nicht erhoben, so daß die Sätze noch längerer Aussprache angenommen wurden.

Die Streikfrage im Saargebiet.

Die Lage im Saargebiet hat sich nicht verändert. Die Bergarbeiter richten an die Bergwerkdirektionen eine gestern abgezeichnete befristete Mitteilung, in der sie eine Lohnerhöhung von fünf Frank ab 1. Februar und eine solche von zwei Frank ab 1. März fordern. Im Roselabschnitt hat sich die Bergwerkdirektion zu einer Lohnerhöhung von zwei Frank für Erwachsene und 1,25 bis 1,40 Frank für die Kindererhöhung bereit erklärt. Die Bergarbeiter bezeichnen diese Lohnerhöhung als unmöglich und fordern die Kuffstellung eines neuen Lohns. Die Kommunisten und die unabhängigen Bergarbeiter sind ebenfalls zum Streik entschlossen. Trotz dieses deutlich erkennbaren wirtschaftlichen Charakters des Streiks verläuft eine französische Lesart auch hier die Wirkung „deutscher Maschinen“ zu verzeichnen.

Die Meldungen von einem drohenden Generalstreik der französischen Bergarbeiter beruhen auf einem Beschluß des kommunistischen Verbandes. Dazu ist zu bemerken, daß diese Organisation nur 3000 Mitglieder zählt, die in der Hauptlage in den unbedeutenden lothringischen Kohlenruben beschäftigt sind. Dort allein ist mit einem effektiven Streik zu rechnen.

Auch die Eisenbahner des Saargebietes sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In einem gestern an die Regierungskommission, Abt. für öffentliche Arbeiten, gerichteten Schreiben fordern die drei Eisenbahnerverbände die Erhöhung der Bezüge der Arbeiter- und Unberufenen entsprechend den derzeitigen Teuerungserhältnissen.

Verantwortlich für den Text: Fritz Galt, Berlin; für Anzeigen: E. G. Galt, Berlin. Verlag: G. Galt, Berlin. Druck: G. Galt, Berlin. Vertriebs- und Druckerei: u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 9.

Zähne zu 800 u. 1000 Mark. Goldkronen / Ersatzkronen / Plomben. Vorzeitiger Ankauf 10% Rabatt! Besondere Abteilung: Einkauf von Gold-Silber-Platin-Bruch. Zahn-Praxis Matvani, Danziger Straße 1.

Max Busse
Gegründet 1878.
Neu eröffnet **Ankaufabteilung** Neu eröffnet
Gold-, Silber-, Platin- Brillanten
gegenüber dem albekannten Haupt-Geschäft
Brunnenstraße 18
an der Invalidenstraße.

Zeitungs- und Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
18 Kottbuser Damm 18
Schöne Reste für Herren-Anzüge, Mäntel, Kostüme, Kleider, in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Täglich sehr große Auswahl. Singszeit in Qualitäten.

Gold, Silber, Platin-Bruch Zahngebisse
kaufen zu unüberbesseren Preisen da Selbstverwertung
I. Skaltitzer Str. 31 Lad.
II. Kaiser-Allee 210
Eing. Reichensburger Str.

Strickjacken aller Art
Sportgarnituren, Jumper usw.
Billigste Bezugsquelle!
Bruno Richter, Fabrik-Verlagerung, Thür. Wollwaren, a. Hül., Schönb. All., Kopenhagener Str. 67, 1. Hochb. Nordring, u. Hl.-Pankow, Mendelsstr. 36 I. Pkw. 3723
Nur Einzelverkauf!

Gold-Silber-Platin-Bruch Brillanten
kauft real zu höchsten Tageskursen
C. Käferle
Urmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 273

Zahngebisse auch zerbrochene
Gold-, Silber-, Platin-Double
kauft zum höchsten Tageskurs
Edelmetallverwertung Nieslger
C., Robstraße 8, Laden, naba Gertraudenstraße.
Zahngebisse
auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs sowie
Gold-, Silber-, Platin-Bruch sämtliche Schmuckgegenstände
zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur Barhohne Edelmetallverwertung
2 Invalidenstr. 2 v. I rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstrasse
9 Kopenhagener Straße 9 (Laden)
2 Alleen von Bahnhof Schönhauser Allee.

Wichtig! Strohhändler, Wieserstr. 1
Schuhern prima Wochenschuhe, samara u. tuchin
D. & M. Robbe, D. & M. Robbe
Neustadt, Kaiser-Friedrich-Str. 220, Telefon 1109

Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Damen- u. Herren-Stoffe
aller Wei in großer Auswahl.
Kleider- u. Futter-Seiden
Samt- und farbige
Gelegenheitskäufe
in mod. Mänteln, Kostümen,
Kleider u. Röcken. 1-3 gefällig.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

86 Gartenstr. 86
Zahngebisse
Gold, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!